

BORIS KAGARLITZKI

Globalisierung und Marxismus

Boris Kagarlitzki – Jg. 1958, Dr., Institut für vergleichende Politologie der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Während die Ideologen des Kapitalismus in den sechziger und siebziger Jahren von den sozialen Errungenschaften des Kapitalismus sprachen, trat Ende des Jahrhunderts die Globalisierung als vorherrschende Idee auf und machte den Diskurs über soziale Rechte sinnlos und überflüssig. Der allgemeine Wettbewerb auf dem freien Weltmarkt verspricht den Werktätigen nichts Gutes. Wer dagegen protestiert, lege, wie die Apologeten des Marktes behaupten, nur der natürlichen Entwicklung Hindernisse in den Weg.

Unter der Losung »Globalisierung« begann die Demontage der sozialen Reformen im Westen. Der Dritten Welt wurde vorgeschlagen, die Hoffnungen auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, umfassende Alphabetisierung und ein die gesamte Bevölkerung erfassendes System des Gesundheitswesens zu begraben. Von der Steigerung des Lebensniveaus war keine Rede mehr, den Ländern des Ostblockes wurde wiederum sehr höflich empfohlen, sich ein Beispiel an den Ländern der Dritten Welt zu nehmen.

Dieser Prozeß schien unumkehrbar, jeder Widerstand dagegen sinnlos.

Die linken Parteien verloren Anfang der neunziger Jahre an Terrain. Während ihres zeitweiligen Niedergangs verloren sie an Macht und Einfluß; einige gaben wesentliche Prinzipien preis. Der globale Triumph des Kapitalismus in der ersten Hälfte der neunziger Jahre war von einer beispiellosen Krise der linken politischen Parteien begleitet. Kommunisten verwandelten sich in Sozialdemokraten zu einem Zeitpunkt, als diese aufhörten, sich von den Liberalen zu unterscheiden. An die Stelle der sozialen Solidarität trat nationalistische Demagogie. Die Linke wurde erfolgreich als konservative nostalgische Kraft dargestellt.

Eine zentrale These der Globalisierungstheorie ist der »ohnmächtige Staat«. Gegenüber den transnationalen Konzern-Giganten wie z.B. Microsoft, Ford oder Gasprom, den internationalen Geldinstituten wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds, oder Bündnissen wie NATO oder NAFTA seien die nationalen Regierungen machtlos.

Genaugenommen ist die Globalisierung nichts qualitativ Neues in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Der Kapitalismus bildete sich als Weltsystem heraus. Erst Ende des 18. Jahrhunderts begann sich der nationale, in der Sozialstruktur der westlichen Gesellschaften verwurzelte Kapitalismus zu entwickeln. Dieser nationale Kapitalismus war, ebenso wie die modernen Nationen,

Siehe die Beiträge von B. Kagarlitzki: Der Protesttag, der nicht zum Widerstandstag wurde, in: Sklaven Nr. 36, Mai 1997, S. 32-33; Linkes Zentrum in Rußland, in: Das Blättchen. Nr. 17, 31. August 1998, S. 5-8.

Produkt der Entwicklung des Kapitalismus als Weltsystem. Zum Ende des 20. Jahrhunderts wird der Kapitalismus unmittelbar global. Aber das bedeutet nicht, daß nationale Gesellschaften und Staaten aufhören zu existieren, obwohl sie sich in einer tiefen Krise befinden. Auffällig ist, daß die internationalen Zyklen in der Entwicklung des Kapitalismus mit Perioden verbunden sind, in denen die Technologien, die Handel und Kommunikation garantieren, sich schneller entwickeln als die Produktionstechnologien. Der Handelskapitalismus vom 16. bis zum 18. Jahrhundert war eine Zeit der geographischen Entdeckungen, einer beständigen Vervollkommnung der Flotte, des Straßenbaus usw. Die industrielle Revolution ist mit dem Aufschwung des Nationalstaates verbunden. Die Herausbildung der fordistischen Technologien der Massenproduktion fällt in die Zeit der Verstärkung der Rolle des Staates im 20. Jahrhundert. Produktion ist immer lokal, sie bedarf eines konkreten Ortes, an dem die konkreten sozialen und politischen Probleme gelöst werden müssen.

Ende des 20. Jahrhunderts erwiesen sich die Tempi der Entwicklung der Kommunikationstechnologien mit anderen Technologien verglichen als wesentlich höher. Die Entwicklung des Kapitalismus ist nicht nur eine zyklische, sondern auch eine ungleichmäßige. Die Globalisierung Ende des 20. Jahrhunderts ist die dritte in der Geschichte des Kapitalismus, und sie unterscheidet sich wesentlich von allen vorangegangenen. Während vom 16. bis zum 18. Jahrhundert die Internationalisierung der Wirtschaft von einer Krise des Staates begleitet war, geht Ende des 20. Jahrhunderts die Stärkung des Staates (in den Ländern des Zentrums) einher mit der Expansion des kapitalistischen Marktes. Darin liegt das Wesen der Imperialismus genannten Erscheinung. In der Epoche der frühbürgerlichen Revolutionen war von der Unterhöhlung der Grundlagen des Feudalstaates die Rede. In der Epoche des Imperialismus entsprach der Staat voll und ganz den Aufgaben der kapitalistischen Entwicklung und war durch und durch ein bürgerlicher Staat. Was wir Ende des 20. Jahrhunderts beobachten, kündigt davon, daß zwischen den gegenwärtigen Formen der Staatlichkeit und den Interessen des Kapitals ein Widerspruch aufgebrochen ist. In der Krise befindet sich nicht der Staat als solcher, sondern nur seine Struktur und jene Elemente, die in ihrer Entwicklung über den Rahmen des Kapitalismus hinausgegangen sind. (Sind die sozialen Sicherungssysteme das?) Deshalb hängt die gegenwärtige Globalisierung mit der sozialen Reaktion auf das Engste zusammen.

Die neuen Möglichkeiten auf dem Gebiet der Information und Produktion, über die die transnationalen Konzerne und Organisationen Ende des 20. Jahrhunderts verfügen, schufen die Voraussetzungen für die Globalisierung und den Erfolg des Westens im »Kalten Krieg«. Auch viele linke Ideologen fanden sich mit dem Staat als bürokratischer Maschinerie ab, die nicht in der Lage sei, irgend etwas effektiv zu steuern, und nur die Steuergelder verschlinge. Man muß zugeben, daß solche Vorstellungen nicht im luftleeren Raum reifen. Aber in den meisten Staaten waren es bei weitem nicht die Linken, die die Staatsbürokratie hervorgebracht haben. Zur gleichen Zeit profitieren die Rechten sowohl von der

Siehe den Beitrag von Evelin Wittich »Wissenschaft und Technologie im 21. Jahrhundert« in UTOPIE kreativ, Heft 97/98 (November/ Dezember) 1998, S. 166-172.

Enttäuschung der Bürger über ihren Staat als auch von dem Bedürfnis der Bürger nach Schutz vor äußerer Bedrohung. Eine derartige Bedrohung stellten nicht so sehr die Heerscharen potentieller ausländischer Eroberer dar, sondern die Berge ausländischer Waren, die halbverhungerten Emigranten und die sich kontinuierlich internationalisierende Mafia. Es handelt sich, ironischerweise, um die natürlichen Konsequenzen der von den Rechten durchgeführten globalen Wirtschaftspolitik.

Der Sinn der Eroberung der Macht durch die Linke besteht darin, die Spielregeln zu verändern und gleichzeitig die Verbindung zwischen den nationalen Regierungen und den internationalen Finanz- und Politikinstitutionen zu kappen. Für viele dieser Institutionen ist die massenhafte Verweigerung der Zusammenarbeit und die feindselige Haltung der nationalen Regierungen nur mit einer Katastrophe vergleichbar (vor allem dann, wenn die unzufriedenen Staaten versuchen, eigene, parallele internationale Strukturen zu schaffen, oder die bestehenden umzumodeln). Gerade weil viele radikale Alternativen offenliegen, ist es für die neo-liberale Ideologie eine Frage auf Leben und Tod, die Möglichkeit neuer Herangehensweisen auf nationaler und internationaler Ebene gar nicht erst zuzulassen. Tonnen von Papier, unermesslich viel Sendezeit und eine Unmenge intellektueller Arbeit wird darauf verwandt, die Diskussion von Alternativen zu unterbinden. Die moderne Gesellschaft bedarf ebenso der Umgestaltung, wie die Gesellschaft zur Zeit der großen europäischen Revolutionen des 17. bis 19. Jahrhunderts. Die Rede ist nicht nur von der sozialen Umwälzung, sondern auch von einem neuen Herangehen an Staat und Gesellschaft. Heute werden radikale Herangehensweisen unter Hinweis auf die Kompliziertheit der modernen Gesellschaft als unrealistisch abgelehnt. Aber diese Kompliziertheit ist an sich schon eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise. Eine Aufgabe der gesellschaftlichen Umgestaltung ist die radikale Vereinfachung der Verhältnisse. »Mehr Staat oder weniger Staat« – die von den Liberalen vorgegebene Alternative ist als falsch zu verwerfen. Heute geht es nicht um Ausbau oder Reduzierung der Regierungsbeteiligung, sondern um radikale Umgestaltung – um einen anderen Staat.

Demokratie und Kapitalismus trennen sich voneinander, gehen Ende des 20. Jahrhunderts eigene Wege. Die Linken befinden sich als die letzten Verteidiger der Demokratie in einer neuen Situation. Doch die Mehrheit der linken Politiker sieht ihre Mission lediglich in der Bewahrung und Verteidigung der parlamentarischen Institutionen und der verfassungsmäßigen Bürgerrechte. Aber diese Verteidigungspolitik ist zum Scheitern verurteilt. Wir können nur gewinnen, wenn wir das antikapitalistische Potential der Demokratie erkennen. Mit anderen Worten, die Strategie der Linken muß nicht in der Verteidigung des alten Staates bestehen, sondern in der Ausnutzung seiner Krise für die Verankerung neuer Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene. Es ist eine alles durchdringende Demokratisierung gemeint, die nicht nur die Strukturen der politischen Macht, sondern auch die Institutionen der sozialen Verteidigung, der Selbstverwaltung, den gesellschaftlichen Sektor und die Wechselwirkung aller dieser Strukturen umfaßt.

Siehe das von der Russischen Bewegung für einen neuen Sozialismus herausgegebene Manifest der neuen Sozialisten (Entwurf), Moskau 1997.

Das traditionelle Argument der Radikaldemokraten ist, daß die liberalen demokratischen Institutionen gute, nützliche Institutionen seien und es möglich und nötig sei, ihre Einflußsphäre zu erweitern. Ende des 20. Jahrhunderts hat diese Argumentation ihre ursprüngliche Kraft eingebüßt. Das Hinausgehen über die traditionellen Institutionen der formalen und bürgerlichen Demokratie ist notwendig, nicht weil wir theoretisch etwas Besseres erfinden können, sondern weil diese Institutionen nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form handlungsfähig sind. Wenn die Linke nicht mit der radikalen Reform des Staates beginnt, dann wird das früher oder später die radikale Rechte tun. Wenn die Demokratie sich nicht als jenseits des Marktes stehende und gegen den Markt gerichtete behauptet, dann werden die Massen jenen folgen, die im Namen der Autorität, der Hierarchie, der Nation und der Disziplin zu ihrer Einschränkung aufrufen.

Man muß anerkennen, daß die Mehrheit der Linken, demoralisiert durch die eigenen Niederlagen, sich der Logik des Neoliberalismus unterordnen. Nur die Massen der Werktätigen glauben dieser Logik nicht. Marx' Beobachtung bestätigt sich wieder: Egal, wie verworren und falsch die Ideologie ist, egal, wie vernebelt das Bewußtsein der Menschen – die realen Widersprüche des Systems drängen trotzdem an die Oberfläche, kommen zum Vorschein und rufen dabei soziale Konflikte und gesellschaftliche Krisen hervor.

Auf den Vormarsch des neoliberalen Kapitalismus folgte die Zuspitzung der sozialen Widersprüche und ein erneuter Aufschwung des Kampfes der Werktätigen. Es sind weitgehend spontane Kämpfe, die sich nicht unter dem Einfluß der sozialistischen Propaganda entwickeln, ohne Beteiligung linker Politiker und Theoretiker verlaufen. In der Regel handelt es sich um nationale und lokale Protestaktionen. Aber die Ursachen, die diese Konflikte auslösen, sind globaler Natur. Ob die Zapatisten in Mexiko, die Streikenden in Frankreich 1995 oder die Bergarbeiterunruhen im Sommer 1998 in Rußland, in jedem Falle waren es Aktionen gegen die Politik des Neoliberalismus. Überall setzten die Ereignisse gerade dann ein, als es so schien, daß sich die Gesellschaft mit der Logik des »freien Marktes« als einzig möglicher abgefunden hatte und die Aktionen der Werktätigen sinn- und perspektivlos erschienen, weil sie im Widerspruch zum »natürlichen Gang der Dinge« standen. Aber einige Wochen Proteste genügten, um zu zeigen, daß der Neoliberalismus weder unbezwingbar noch eine Naturkraft ist, daß Regierungs- und Unternehmerkreise nachgaben und die »irrealen« Forderungen geprüft und – wenn auch nicht vollständig, so doch zum Teil – erfüllt wurden. An allen genannten Aktionen nahmen offizielle Vertreter der Linken nicht teil oder hinkten der Bewegung hinterher.

Das Paradoxe ist, daß der gegenwärtige Triumph des liberalen Kapitalismus dem klassischen Marxismus wieder zur Aktualität verhalf. Bereits zwanzig Jahre nach Marx' Tod behaupteten die Revisionisten, daß die Welt sich ändert und der Kapitalismus schon nicht mehr der sei, den Marx und Engels im »Manifest« beschrieben. Das entsprach der Wahrheit. Eine andere Sache ist, daß die Maßstäbe und die Bedeutung dieser Umgestaltungen hin zum

Siehe das Protokoll des vom Klub der Realisten, vom Klub am Arbat und von der Redaktion der Zeitschrift »Russische Provinz« organisierten Rundtischgesprächs: Die sozialistische Idee: Lehren des 20. Jahrhunderts, Moskau 1997.

Besseren von den Menschen überschätzt worden ist. Und die Welt fuhr fort, sich zu verändern. Das »kommunistische Modell« entstand und brach zusammen, es begann und es endete der »Kalte Krieg«. Auch der »Wohlfahrtsstaat« blühte auf und verblühte in Westeuropa. Die Ideologen des Neoliberalismus riefen auf, zu den klassischen Werten des »freien Marktes« und des unumschränkten, von staatlichen Eingriffen freien Kapitalismus zurückzukehren. Sie priesen die »Globalisierung«, die den gesamten Erdball in einen einzigen kapitalistischen Markt verwandelt. Sie forderten vom Staat, wieder bloß die Rolle des »Nachtwächters« zu übernehmen. Und sie haben ihre Ziele erreicht. Nach den Ereignissen von 1989-91 wurde der marxistische Sozialismus, der noch 15 bis 20 Jahre zuvor als reale Kraft erschien, wieder zum »Gespenst«. Doch ungeachtet der anhaltenden Versuche, Marx endgültig zu beerdigen, will der Alp aus den Träumen der Bourgeoisie nicht verschwinden.

Das Streben, Marx zu beerdigen, nimmt in dem Maße zu, in dem seine Ansichten lebendig sind. Niemand tritt an, um Hegel zu begraben oder Voltaire zu widerlegen, denn es ist jedem klar, daß sie Geschichte sind. Die Ideen der Philosophen jener Zeit sind in die modernen Theorien von heute eingegangen. Marx hat ein anderes Schicksal erfahren. Denn die Gesellschaft, die er analysierte, kritisierte und die er zu verändern hoffte, existiert weiter. In diesem Sinne kann das Ende des Marxismus nur das Ende des Kapitalismus sein.

Die kategorischen Schlußfolgerungen des bedeutenden Ökonomen sind unbequem, sie stehen einer »gemäßigten« und flexiblen Politik im Wege, und richten sich im Endeffekt als moralische Verurteilung gegen jene, die auf einen Kompromiß mit der herrschenden Ordnung aus sind. Deshalb bildet sich der Revisionismus zeitgleich mit den parlamentarischen Arbeiterparteien heraus.

Wenn der Marxismus der Vergangenheit angehört, haben seine Schlußfolgerungen die moralische Bedeutung für die Gegenwart verloren. Vom historischen Sozialismus bleiben nur die »allgemeinen« Werte, die von jedem auf seine Weise ausgelegt werden. Es ist offensichtlich, daß sich der Kapitalismus wandelt, deshalb ist es nutzlos, gegen ihn mit Zitaten aus Büchern zu kämpfen, die im vorigen Jahrhundert geschrieben wurden. Weder Kompromiß noch Mäßigung sind an und für sich eine Sünde. Unter konkreten politischen Bedingungen ist jede ernsthafte Partei zur Suche nach Kompromissen gezwungen. Die Politik muß das jeweilige Kräfteverhältnis berücksichtigen.

Schon der Terminus »Revisionismus« hat etwas Buchhalterisches an sich. Es geht nicht um Überdenken oder gar Kritik am Marxismus, sondern um ein mechanisches Aufrechnen der »Aktiva« und »Passiva« der Lehre, wobei als »Aktiva« einige Werte genutzt werden können, während die veralteten »ideologischen« Analysen abgeschrieben werden. Diese Form des Herangehens verbindet Revisionisten und Orthodoxe. Der Unterschied besteht »nur« darin, daß die Orthodoxen, guten Hausfrauen gleich, behaupten, daß bestimmte Sachen einfach aufgehoben werden müssen, man könnte sie ja einmal noch gebrauchen. Im Unterschied zu ihnen wollen die Revisionisten sehr schnell aufräumen und alles »Überflüssige« entsorgen.

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 68,
(Juni) 1996.

Die analytische Methode des Revisionismus läßt sich am ehesten als beschreibende Methode bezeichnen. Wenn die Revisionisten die Beschreibung gesellschaftlicher Erscheinungen durch den klassischen Marxismus mit der Gegenwart vergleichen, weisen sie völlig zu Recht auf den Unterschied hin. Damit ist für sie die Untersuchung beendet, denn allein das Aufzeigen des Unterschiedes ist für sie der Beweis, von Marx Abstand zu nehmen. Eine Analyse findet hier genau genommen gar nicht statt, sie wird als überflüssig angesehen. Das Schlimme ist nur, daß sich die Realität auch weiterhin verändert. Auch die Ereignisse und Prozesse, die die Revisionisten beschrieben haben, werden Geschichte, und die Schlußfolgerungen damit in Zweifel gestellt. Die periodisch wiederkehrenden Debatten über die Aktualität des Marxismus und die anstehenden Revisionen sind Ausdruck eines Wendepunktes in der Geschichte der sozialistischen Bewegung und der sozialistischen Theorie. Sie sind Ausdruck der Krise des Marxismus bzw. seiner vorherrschenden Interpretationen (die revisionistische Auslegung eingeschlossen).

Die realen Veränderungen, die der Kapitalismus in den sechziger Jahren durchlief, wurden von den revisionistischen Schulen als Ende des traditionellen Kapitalismus ausgegeben. In ähnlicher Weise hatte Eduard Bernstein die Veränderungen in der Gesellschaft kommentiert. Die auf Bernsteins Theorie aufbauenden Schulen beschrieben die »neue Wirklichkeit«, ohne zu bemerken, wie sie veraltete. Der Wohlfahrtsstaat gab und gibt allerorten seine Positionen preis. Der Marktmechanismus befreite sich zusehends von jeder staatlichen und internationalen Regulierung, das Privateigentum setzte sein allgemeines und heiliges Prinzip durch.

Die technologischen Veränderungen brachten nicht die »Wirtschaft des freien Schöpfertums«, sondern die »Wirtschaft der billigen Arbeitskraft« hervor. Die Ausbeutung und die Abhängigkeit der Werktätigen von der Administration nahm zu, der Arbeitslohn sank nicht nur in den Entwicklungsländern und in den von Kommunisten regierten Ländern, sondern seit Mitte der neunziger Jahre auch im Westen. Die gemäßigten Linken unterschätzten in den achtziger/neunziger Jahren die Bedeutung und die Maßstäbe der neoliberalen Reaktion, so wie die Marxisten in den sechziger Jahren nicht willens waren, die damals vor sich gehenden Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen. Dabei haben die Ereignisse der neunziger Jahre gezeigt, daß das Wesen des Kapitalismus sich weitaus weniger verändert hat, als es die Theoretiker des »gemäßigten« Kapitalismus behaupteten. Die neuen Erscheinungen, auf die sie hinwiesen, waren Ergebnis des Klassenkampfes und des Systemgegensatzes und wurden dem Kapitalismus »von außen« aufgezwungen.

Die revisionistischen Theoretiker zogen es vor, den Neoliberalismus zu ignorieren oder ihn als vorübergehende Erscheinung darzustellen, die nur der harmonischen Entwicklung der Gesellschaft im Wege steht. Doch der Neoliberalismus ist keine Zickzackbewegung, kein Fehler der Politiker, sondern die Grundrichtung der Evolution des Kapitalismus. Sein Wesen besteht darin, daß die bürgerliche Gesellschaft es sich nicht mehr leisten will, die sozia-

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 85/86
(November/Dezember) 1997
und 91/92 (Mai/Juni) 1998.

len Errungenschaften der letzten Jahrzehnte aufrecht zu erhalten. Und obwohl die Sozialdemokraten zu Recht feststellten, daß der Umfang der Ressourcen, über die die Gesellschaft verfügt, um soziale Probleme zu lösen, beachtlich zugenommen hat, hat das mit der eigentlichen Angelegenheit wenig zu tun, denn der Kapitalismus wird in dem Maße brutaler und verschwenderischer, in dem er globaler wird.

Die bürgerliche Gesellschaft Ende des 20. Jahrhunderts ist dem »wildem Kapitalismus«, den der junge Marx und Engels vorfanden und beschrieben haben, ähnlicher als der »zivilisierten Variante« zu Lebzeiten der Revisionisten. Der moderne Kapitalismus ist sogar noch »wilder« als zu Marx' Zeiten. Dieses System ist in der Tat zu einem Weltsystem geworden, seine Herrschaft ist (fast) unumschränkt und wird (fast) von niemandem bestritten. Was bei Marx im »Manifest« eine Prophezeiung war, ist im Zeitalter der Computer, des Fernsehens und des Verkehrswesens Alltag.

Marx sah den Kapitalismus als einheitliches und alles durchdringendes System, das auf seinem Weg alle Hindernisse ausräumt und Strukturen, die sich ihm nicht unterordnen wollen, überwindet. Zusammen mit der Modernisierung breitet er sich unaufhaltsam über den gesamten Erdball aus. Und dennoch gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen der Marxschen Weltsicht und jener Realität, in der wir leben. Die Autoren des »Manifests« sahen nicht nur die Ausbreitung des Kapitalismus, sie sahen auch das stürmische Wachstum der neuen sozialen Kräfte, die an die Stelle des Kapitalismus ihre eigene »neue Welt« setzen wollten. Sie sprachen vom Proletariat, das für sie mit der Arbeiterklasse identisch war. Die moderne Soziologie hingegen spricht bereits vom »Ingenieurproletariat«, das sich äußerlich sehr vom klassischen Proletariat unterscheidet. Das »Manifest« konstatiert, daß der Kapitalismus seinen eigenen Totengräber hervorbringt – heute ein fast banaler, aber dennoch nicht für alle verständlicher Allgemeinplatz. Für den Kapitalismus stellten nicht seine Krisen, sondern seine Erfolge die eigentliche Gefahr dar. Nicht der Rückgang, sondern das Wirtschaftswachstum, nicht der Zerfall der Industrie, sondern ihre Entwicklung birgt das Problem. Das unbeständige Wachstum ist von einem anhaltenden Verfall ganzer Regionen (Rußland ist hier kein Einzelfall) begleitet.

Die Alternativen zum Kapitalismus sind schwach ausgeprägt, weil die linken Politiker in aller Welt wegen des »Zusammenbruchs des kommunistischen Systems« demoralisiert sind und eine »maßvolle« Politik dem Risiko eines wirklichen Kampfes vorziehen. Die Schwierigkeit ist auch, daß der moderne Kapitalismus Millionen von Menschen nicht nur organisiert, sondern auch desorganisiert. Vielleicht haben einige zeitgenössische Autoren recht, wenn sie Marx und Engels vorwerfen, den Kapitalismus und seine »fortschrittliche Rolle« überbetont zu haben.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, an Maos Antwort auf die Frage nach seiner Einschätzung der »Großen Französischen Revolution« zu erinnern. Nach 150 Jahren ist es nicht nur für China, sondern auch für Europa zu früh, Schlußfolgerungen zu formulieren, erklärte der »Große Steuermann«. Die Beschreibung

Siehe den Beitrag von M. Wojekow im vorliegenden Heft.

der Kraft des Proletariats in bevorstehenden Kämpfen im »Manifest« war eine Art Vorschub. Vierzig Jahre mußten vergehen, bis die europäischen Arbeiterparteien jener mächtigen Bewegung ähnlich waren, die im »Manifest« beschrieben worden war. Das von Marx und Engels verfaßte Manifest hatte freilich zur Herausbildung des kollektiven Bewußtseins der Klasse beigetragen.

In gewissem Sinne sind wir zu dieser Situation, die Marx und Engels in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beobachtet haben, zurückgekehrt: Es gibt die Bewegung bereits, aber ihr mangelt es an einer Theorie, an wahren Führern und einer selbständigen Organisation. Es ist klar, daß es hier mit bloßen Hinweisen auf die »historische Wahrhaftigkeit des Marxismus« nicht getan ist. Die Vergangenheit wiederholt sich nicht; auch dann nicht, wenn wir viele interessante Parallelen zur Gegenwart erkennen können.

In der Epoche der Globalisierung, der internationalen Computernetze und transnationalen Gesellschaften durchläuft die Bewegung der Werktätigen erneut die Phase der Formierung, wobei sie gewissermaßen zum zweiten Mal Ideen und Formen des Kampfes für sich entdeckt, die eigentlich schon Geschichte sind. Diese Bewegung bedarf gleichermaßen der Neuerungen wie der Traditionen. Sie bedarf des Radikalismus, weil dies der einzige politische Realismus in einer Welt ist, in der sich die herrschenden Kreise durch nichts eingeschränkt und frei von früheren sozialen Verpflichtungen fühlen. Die Bewegung der Werktätigen wird als »proletarische« im ursprünglichen Marxschen Sinne (d.h. als eine nicht an das Privateigentum gebundene) wiedergeboren. Aber sie ist auch schon mehr als nur eine »proletarische«. Sie schließt den Bauernprotest ebenso ein wie den Unmut der Intellektuellen, berücksichtigt den Widerstand der neuen »technologischen Eliten« gegen das Kapital und die Erhebungen der Völker der »Peripherie« gegen die Willkür des »Zentrums«.

Die Massen, die 1905 und 1917 Revolution gemacht haben, waren auch nicht von den Ideen des Marxismus beseelt. Die Menschen folgten Lenin und Trotzki nicht, weil diese eine bessere Theorie des Sozialismus hatten, sondern weil die Bolschewiki mit der Losung Frieden, Land und Gerechtigkeit hervortraten. Nicht die Ideologie, sondern das konkrete Programm war entscheidend. Solange der Kampf gegen Unterdrückung nicht gleichzeitig ein Kampf für eine neue Gesellschaft ist, ist er zur Niederlage verurteilt. Und noch mehr: Die Diskreditierung der progressiven Utopie im Massenbewußtsein hat immer zur Folge, daß ihr Platz von einer reaktionären Utopie eingenommen wird.

Ohne genaue Vorstellungen über das Ziel zu haben, ist es unmöglich, Strategie und Taktik zu erarbeiten. Das eigentliche Verdienst der Sozialdemokratie Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts war die Verbindung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, hob Lenin hervor. Dieser Sprengstoff hat die Welt erschüttert. Lenin war als echter Aufklärer überzeugt, daß die Intellektuellen das proletarische Bewußtsein in die Massen tragen. Dabei war der Prozeß ein wechselseitiger. Die Massen können keine Theorie ausarbeiten, aber ohne Verbindung zur Massenbewegung stirbt die Theorie ab. Indem sie zur Theorie der Arbeiterbewegung wurden, erlebten die

Siehe den Beitrag von B. Kagarlitzki: Sackgassen und Wegscheiden, in: UTOPIE kreativ, Heft 71 (September) 1996, S. 43-52.

Ideen von Marx eine Transformation, wurden zum Marxismus.

Es ist völlig natürlich, daß ein Theoretiker radikaler sein muß als ein Praktiker. Bereits Marx unterschied zwischen Kompromissen in der Politik und in der Theorie. Für einen Politiker ist ein Kompromiß zulässig, ein Theoretiker muß sich vor Kompromissen hüten. Das Mögliche ist nicht das Notwendige. Die Politik ist die Kunst des Kompromisses und schon darin liegt die Trennung von Theorie und Praxis begründet. Die konkreten Handlungen von Lenin, Trotzki oder Gramsci folgten nicht zwangsläufig aus ihren theoretischen Konstruktionen. Für die Vertreter des klassischen Marxismus blieb die praktische Aktion immer eng mit der theoretischen Suche verbunden. In der Nachkriegszeit riß diese Verbindung ab.

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 97/98,
(November/Dezember)
1998.

Der Marxismus hat eine historische Niederlage erlebt, aber nicht Ende der achtziger Jahre, als die Berliner Mauer fiel, sondern viel früher, als die Theorie von der Bewegung getrennt und isoliert wurde. Diese erfolgte nicht nur im Osten, wo der Stalinsche »Marxismus-Leninismus« entstand. Im Westen war der akademische Marxismus bereits in den dreißiger Jahren zur Angelegenheit von Zirkeln geworden, während die »klassischen« Formeln zu leblosen Ritualen der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien gerannen.

Marx begann damit, daß er das sozialistische Projekt von der Utopie trennte. Das ist ihm nicht ganz gelungen, weil das Utopische jeder Theorie, jedem Projekt immanent ist. Marx' entscheidender Beitrag zur politischen Theorie bestand gerade darin, daß er die Notwendigkeit und Möglichkeit der Abkehr von utopischen Träumereien und die Hinwendung zu praktischen Umgestaltungen deutlich machte. Auf den »Pragmatismus« verzichtend, betonte die marxistische Tradition die Notwendigkeit der Vereinigung des »Idealismus« (als Treue zu den Zielen und Prinzipien) mit dem politischen Realismus konkreter Aktionen. Gerade die Erfahrung der praktischen Umgestaltung trägt zur Wandlung des sozialistischen Denkens zu einer Wissenschaft bei. Deshalb ist jede Theorie losgelöst von politischer Praxis einfach sinnlos.

Der akademische westliche Marxismus, der (oft nicht aus eigenem Willen) der Massenbewegung und politischen Aktion entfremdet war, büßte im Laufe der Zeit ungeachtet seiner gewaltigen intellektuellen Erfolge die Fähigkeit ein, zwischen Theorie und Utopie zu unterscheiden. Zur gleichen Zeit erfolgte der liberale Gegenangriff auf den Sozialismus unter dem Banner des »Antiutopismus«. Es ist bemerkenswert, daß die Linken in den neunziger Jahren den Utopismus-Vorwurf akzeptierten. Die einen erklärten sich zu »Realisten« und schworen, sich von der Utopie zu befreien, die anderen glaubten weiter an die Ideale und begannen, die utopische Traditionslinie im Sozialismus zu kultivieren. Das widerspiegeln sogar die Titel der linken Zeitschriften »Utopie kreativ« in Deutschland, »Utopias« in Spanien, »Utopie-critique« in Frankreich usw.

Dieser soziale Utopismus ist nicht boden- oder grundlos, er kann als Antwort auf bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse entstehen, kann das Denken und den Gang der Ereignisse beeinflussen.

Unabhängig davon, wie groß dieser Einfluß ist und in welchem Maße das Ergebnis den ursprünglichen Intentionen entspricht, tritt die Utopie als spezifische Form von Gesellschaftskritik hervor. In der Kollision mit der Praxis wird sie zu Ideologie, oft zu einer extremen Ideologie. Ihr sind die Merkmale des falschen Bewußtseins eigen, nicht nur im Marxschen Verständnis, d.h. wenn Gruppen- oder Klasseninteressen als Interessen der Gesellschaft ausgegeben werden. Eine lineare, vereinfachende Sicht auf die Welt ist vorherrschend. Der Wunsch kommt auf, gesellschaftliche Widersprüche mittels Nivellierung und Reglementierung der Bedürfnisse und der Tätigkeit »zu lösen«. Der Utopist stützt sich dabei ungeachtet der propagierten »objektiven Logik der Geschichte« und der kollektivistischen Werte auf die subjektiven Faktoren, hofft auf »kritisch denkende Persönlichkeiten«, schafft den Kult der Organisation. Der romantische Aktivismus verbindet sich hier mit einer mechanistischen Sicht auf das Alltagsleben. Die Wahl der Mittel wird auf ein Minimum reduziert und das Projekt wird zu einem maximalistischen.

Wenn im 18. und 19. Jahrhundert die Utopie des »Kasernenhofsozialismus« nur als Theorie existierte, so wurde sie im 20. Jahrhundert zur Ideologie konkreter politischer Aktionen. Die vorbürgerliche, ihrem Wesen nach gleichmacherische Utopie verband sich mit der Konzentration politischer Macht und den Mitteln technokratischer Manipulation der Gesellschaft – diesen spezifischen Errungenschaften unseres Jahrhunderts.

Dabei haben Marx und Engels im »Manifest« und in den Entwürfen dieser Programmschrift die Kritik des linken Utopismus und des mit diesem organisch verbundenen Kasernenhofkommunismus in den Mittelpunkt gestellt. Die linke Bewegung muß – wie vor hundert Jahren – den Schritt von der Utopie zur Theorie, von der Träumerei zur Wirklichkeit gehen. Das ist nicht gleichbedeutend mit einer Verurteilung oder Verdammung utopischer Traditionen, aber sie müssen auf dialektische Weise, im Marxschen Sinne, überwunden werden. Ohne auf Utopien zu verzichten, müssen Linke entschieden über sie hinausgehen. In diesem Sinne ist das antiutopische Pathos des Marxschen Sozialismus wieder aktuell.

Die Schwäche der linken Kräfte ist eine Tatsache des politischen Lebens der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Das Paradoxon besteht darin, das ihre Schwäche die Linken zwingt, kompromißlos zu sein. Es kann unter Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses keinen »neuen Kompromiß« geben. Jeder, der von Reformen träumt, muß zunächst für die Veränderung des Kräfteverhältnisses kämpfen, d.h. Revolutionär und Radikaler im traditionellen Sinne des Wortes sein.

Jedes Bewußtsein ist beschränkt, es gibt kein absolutes Wissen. Die Rückkehr vom verschwommenen postmarxistischen Theoretisieren zu den einfachen Wahrheiten des klassischen Marxismus ist eine notwendige Bedingung der effektiven politischen Praxis, auch wenn wir heute die Beschränktheit, was nicht gleichbedeutend mit Falschheit ist, vieler ursprünglicher marxistischer Prämissen erkennen.

Die Rückkehr zu den Traditionen ist eines der effektivsten Mittel der Mobilisierung. Tradition ist das, was den Massen bekannt,

Siehe die Beiträge in
UTOPIE kreativ, Heft 78,
(April) 1997.

verständlich und zugänglich ist. Gleichzeitig ist es das, was dem geistlosen Pragmatismus und Egoismus der Eliten entgegensteht. Ohne einen Bezug zu den Traditionen werden die neuen Ideen nicht vom Bewußtsein des Volkes aufgenommen. Verschwörungen und Aufstände gegen Ungerechtigkeit stützten sich stets auf traditionelle Vorstellungen von Gerechtigkeit. Daß die Tradition selbst in diesem Kampf eine radikale Wandlung durchmachte, ist ein anderes Thema.

Der Tradition wenden sich nicht nur die aufständischen Massen zu, auch die Eliten sind bestrebt, verlorenen Boden zurückzugewinnen. Der Neoliberalismus ist auch ein Beispiel für eine neotraditionalistische Ideologie. Konfrontiert mit der Notwendigkeit, dem Sozialismus ein eigenes Projekt entgegenzusetzen, haben die Ideologen der Finanzbourgeoisie darauf verzichtet, neue Theorien zu erfinden. Im Gegenteil, sie wandten sich ihrem traditionellen, klassischen Programm zu und fanden Anknüpfungspunkte in den Schriften der Theoretiker des »Goldenen Zeitalters« des liberalen Kapitalismus. Neoliberalismus und neoklassische Schule sind aber keinesfalls eine mechanische Wiederholung des alten Liberalismus.

Während die reaktionären Kräfte beständig Traditionen aufgreifen, sind die Linken dazu nicht in der Lage und haben ihre wichtigste Tradition, den aktiven Kampf gegen den Kapitalismus, eingebüßt.

Nicht von kultivierter Nostalgie nach dem »Goldenen Zeitalter« der Arbeiterbewegung ist hier die Rede. Dort, wo die Linken sich selbst treu sind, gelingt es ihnen auch, die Initiative zurück zu gewinnen. Die Gesellschaft bedarf neuer Ideen und stabiler Traditionen. Der Neoliberalismus kann weder das Eine noch das Andere anbieten, die Linken können es, wagen es aber nicht.

Die Rückkehr zum Marxismus bedeutet in erster Linie Rückkehr zum »klassenmäßigen Herangehen« in der Politik. Der klassische Marxismus hat nie behauptet, daß der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital der einzige und der schärfste ist. Auch haben Marx und Engels nie behauptet, daß die Gesellschaft restlos in Klassen zerfällt. Sie haben lediglich behauptet, daß der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit der Grundwiderspruch ist, und ohne seine Lösung die anderen Widersprüche und Probleme nicht gelöst werden können. Deshalb war der marxistischen theoretischen Tradition eine bestimmte Beschränktheit eigen, so z.B. das Unverständnis, Tendenzen und Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen, die sich nicht unmittelbar aus dem Klassenkampf ableiten ließen. Da sie den zentralen Widerspruch begriffen, meinten viele marxistische Analytiker, nicht mehr über sekundäre nachdenken zu müssen. Dabei sind die »zweitrangigen« Widersprüche nicht minder real und wichtig als der »Grundwiderspruch« und das Eine ist nicht ohne das Andere zu begreifen. Hieraus erklärt sich die Inhaltslosigkeit, der Schematismus und die Primitivität der marxistischen Analyse, die im Endeffekt zur Diskreditierung der marxistischen Tradition führte.

Wenn wir den Reichtum und die Mehrdeutigkeit des gesellschaftlichen Lebens begreifen, dürfen wir nicht vergessen, daß es auf bestimmte Weise strukturiert ist. Viele Soziologen im Westen

weisen darauf hin, daß die Klasse in der Gesellschaft und im Leben der Menschen nicht mehr jene Rolle spielt wie in der Vergangenheit, und daß die Menschen ihren »Wert« nicht vermittelt über die Produktion, sondern über die Konsumtion erfahren. In Osteuropa und Lateinamerika ist die Deklassierung der Werktätigen und die »Atomisierung« der Massen auf der Tagesordnung. Und dennoch ist Konsum ohne Produktion unmöglich, und Deklassierung erfolgt nicht jenseits der Klassenstrukturen. Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital bleibt der zentrale und grundlegende ungeachtet der zahlreichen neuen und der Zuspitzung der alten Probleme. Der Gegensatz von Arbeit und Kapital kommt nicht nur im Kampf der Interessen, sondern auch in entgegengesetzten Werten, Prinzipien und Moralvorstellungen zum Ausdruck. Nur auf diesem stabilen Fundament hat der ethische Sozialismus einen positiven Sinn.